

Protokoll des JHA vom 21.09.2023

Zeit: 14:30 – 16:45 Uhr

21.09.2023

Vorsitz: Frau Hüsken

Protokoll: Frau Weiß/ Frau Brunner

Stimmberechtigte Teilnehmer/-innen

Mitglied		Stellv. Mitglied	
Ahrens, Sandra	<input checked="" type="checkbox"/>	Keller, Michael	<input type="checkbox"/>
Lürßen, Helga	<input checked="" type="checkbox"/>	Eckhardt, Kerstin	<input type="checkbox"/>
Morawietz, Melanie	<input type="checkbox"/>	Winter, Wiebke	<input type="checkbox"/>
Krümpfer, Petra	<input checked="" type="checkbox"/>	Bredehorst, Gönül	<input type="checkbox"/>
Pfeiffer, Birgit	<input type="checkbox"/>	Tuchel, Valentina	<input checked="" type="checkbox"/>
Görgü-Philipp, Sahhanim	<input checked="" type="checkbox"/>	Pörschke, Thomas	<input type="checkbox"/>
Dr. Eschen, Solveig	<input type="checkbox"/>	Hupe, Christopher	<input type="checkbox"/>
Tuncel, Cindi	<input type="checkbox"/>	Leonidakis, Sofia	<input type="checkbox"/>
Kocas, Yasar	<input type="checkbox"/>	Buhlert, Dr. Magnus	<input type="checkbox"/>
Barde, Hanns-Ulrich	<input type="checkbox"/>	Ziegler, Gerd	<input checked="" type="checkbox"/>
Harjes, Sandra	<input checked="" type="checkbox"/>	Witte, Gabriele	<input type="checkbox"/>
Kastens, Christina	<input type="checkbox"/>	Dahnken, Sara	<input checked="" type="checkbox"/>
Hüsken, Swantje	<input checked="" type="checkbox"/>	Wulff, Anina	<input type="checkbox"/>
Edwards, Linus	<input checked="" type="checkbox"/>	Büttgen, Anke	<input type="checkbox"/>
Goldschmidt, Nikolai	<input checked="" type="checkbox"/>	Merkel, Monica	<input type="checkbox"/>

TOP 01: Genehmigung der Tagesordnung

Frau Ahrens meldet unter Verschiedenes zwei Fragen zu dem Einzelfall in Bezug auf den getöte-ten 7-Jährigen Jungen an.

Frau Dahnken beantragt die Änderung der Tagesordnung. TOP 7 soll vor TOP 6 behandelt wer-den.

Zustimmung: 11
Gegenstimmen: 0
Enthaltungen: 0

Teilnehmer/-innen an der Diskussion:

Frau Dahnken, Frau Ahrens

TOP 02: Anregungen und Wünsche junger Menschen - Aktuelles

Die Konstituierende Sitzung findet am 23.11.2023 statt.

Herr Diener informiert über die Änderung des BremAGKJHG. Künftig können auch Personen in die Jugendhilfeausschüsse gewählt werden, die zwar nicht im Gebiet der jeweiligen Stadtge-meinde ihre Hauptwohnung haben, dort aber für einen anerkannten Träger der freien Jugend-hilfe beruflich tätig sind. Artikel 1 Nummer 1 regelt dies für die kommunalen Jugendhilfeaus-schüsse. Artikel 1 Nummer 2 stellt klar, dass diese Änderung für den Landesjugendhilfeaus-schuss mit der Maßgabe gilt, dass die Ausschussmitglieder im Land Bremen in der Jugendhilfe tätig sein müssen, sofern ihr Wohnsitz in einem anderen Bundesland liegt.

Herr Goldschmidt fragt an, ob der Beschluss von April 2023 zu TOP 08: „Empfehlungen der UAG „Jugendbericht 2023“ des Jugendhilfeausschusses zu den Handlungsempfehlungen des Jugendberichtes“ bereits umgesetzt wurde und eine Weiterleitung an die Bremische Bürger-schaft erfolgt ist. Der Ausschuss empfiehlt eine umgehende Weiterleitung zum jetzigen Zeit-punkt, welche zugesagt wird.

Teilnehmer/-innen an der Diskussion:

Herr Diener, Frau Hüsken, Herr Goldschmidt

TOP 03: Genehmigung des Protokolls der Sitzung vom 22.06.2023

-

Teilnehmer/-innen an der Diskussion:

Beschluss:

Das Protokoll der Sitzung vom 22.06.2023 wird genehmigt.

Zustimmung: 11
Gegenstimmen: 0
Enthaltungen: 0

TOP 04: Ausbildungsfonds zur Förderung des Berufsanererkennungsjahres von Sozialarbeiter:innen in der Jugendarbeit 2024

Herr Brinkmann führt in die Vorlage ein.

Herr Brinkmann berichtet auf Nachfrage, dass der Aufruf bereits versendet wurde.

Herr Goldschmidt berichtet als Sprecher der AG gem. § 78 SGB VIII Kinder- und Jugendförderung. Die AG begrüßt die Vorlage und gibt die Empfehlung aus der Diskussion der AG gemäß § 78 Kinder- und Jugendförderung auch die dualen Studierenden mit in die Förderung aufzunehmen.

Frau Dahnken unterstützt diese Forderung. Es wird angeregt in der nächsten Förderperiode ab 2025 dies vorab zu diskutieren und zu prüfen.

Frau Schrader berichtet, dass der Ausbildungsfond im kommenden Jahr evaluiert werden wird und hier die Anregungen mit einfließen können. Die aktuelle Beschlusslage zum Ausbildungsfonds sieht aktuell keine Dual-Studierenden vor. Bisher konnten alle vollständig eingereichten Anträge beschieden werden.

Sie weist in diesem Zusammenhang daraufhin, dass der Einsatz von Dual-Studierenden mit höheren Kosten verbunden ist.

Auf Nachfrage von Ruken Aytas, ob die Modalitäten in Bezug auf die Anzahl der vorzuhaltenden Anleitenden verändert werden können, weist Frau Schrader darauf hin, dass aktuell umfangreiche Prozesse bei der Senatorin für Kinder und Bildung in Bezug auf die Anerkennungsverordnungen stattfinden. Herr Jablonski weist darauf hin, dass die Anerkennungsordnung bereits mehrfach angepasst wurde, um Verfahren und Anforderungen zu verschlanken; dabei sei aber auch die Qualität der praktischen Ausbildung und Anleitung zu berücksichtigen. Er wird den Hinweis deshalb gerne mitnehmen. Frau Dahnken weist daraufhin, dass die Rahmenbedingungen für die Ausbildung von Fachkräften im Anerkennungsyear bereits deutlich vereinfacht wurden und empfiehlt hier den Trägern den direkten Kontakt zur zuständigen Stelle bei SKB zu suchen, um die Fragen der Anerkennung direkt zu klären.

Teilnehmer/ innen der Diskussion:

Herr Brinkmann, Herr Goldschmidt, Frau Krümpfer, Frau Schrader, Frau Ahrens, Herr Jablonski, Frau Aytas

Beschluss:

Der Jugendhilfeausschuss nimmt die Vorlage zur Kenntnis.

TOP 05: Anpassung der Richtlinien für die Förderung stadtteilbezogener Kinder- und Jugendarbeit in der Stadtgemeinde Bremen

Herr Brinkmann führt in die Vorlage ein.

Herr Goldschmidt berichtet als Sprecher der AG gem. § 78 SGB VIII Kinder- und Jugendförderung. Die Anpassung wird grundsätzlich positiv bewertet. Kritisch diskutiert wurde der Punkt 2.3 (Personalausgaben im Rahmen der sozialen Gruppenarbeit). Ein Hinweis auf die Eingruppierung im Tarif zu geben, ist hier zu einengend, da durch die Einhaltung des Besserstellungsverbot im Rahmen der Trägerverantwortung eine Eingruppierung in die jeweilige Entgeltgruppe vorzunehmen ist.

Im Rahmen der Debatte kommt es zu unterschiedlichen Vorschlägen.

Frau Ahrens stellt einen Antrag auf Unterbrechung der Sitzung.

Zustimmung: 11
Gegenstimmen: 0
Ablehnungen: 0

Die Sitzung wird für 5 Minuten unterbrochen.

Der geeinigte Vorschlag aus dem Gremium lautet wie folgt.

Unter Punkt 1.4
bei Tätigkeiten von Jugendlichen wird ergänzt um das Wort Honorare (Aufwandsentschädigung/**Honorare**).

Unter Punkt 2.3 :

~~max. des TVL 9/ TVÖD-SuE 11b~~
max. des TVL-S 11b/ TVÖD-SuE 11b

Frau Krümpfer begrüßt die Anpassungen, sie bittet bei der anstehenden Überarbeitung der Richtlinie darum, ebenfalls die Gemeinkosten von 6 Prozent anzupassen, da diese häufig nicht ausreichen.

Frau Ahrens verweist bei den Honorarsätzen auf die aktuell gültigen Sätze beispielweise im Kulturbereich und sieht hier weiterhin die Notwendigkeit einer Angleichung, auch dies sollte bei der Überarbeitung Berücksichtigung finden.

Teilnehmer/-innen an der Diskussion:

Herr Goldschmidt, Frau Dahnken, Frau Krümpfer, Herr Ziegler, Herr Grönert, Frau Ahrens, Frau Schrader, Frau Harjes

Beschluss:

F1: Der Jugendhilfeausschuss der Stadtgemeinde Bremen stimmt den geänderten Richtlinien für die Förderung stadtteilbezogener Kinder- und Jugendarbeit in der Stadtgemeinde Bremen zu.

Zustimmung: 11
Gegenstimmen: 0
Enthaltungen: 0

TOP 07: Beschluss über Aussetzung der Mittelverteilung für die offene Kinder- und Jugendarbeit in der Stadtgemeinde Bremen bis zur Beschlussfassung über den Haushalt 2024/2025

Aufgrund der Änderung der TO wird an dieser Stelle zunächst TOP 7 behandelt.

Frau Dahnken gibt folgende Änderungen zu Protokoll:

Der Name des TOPs wird wie folgt geändert: Beschluss über Aussetzung der Mittelverteilung für die offene Kinder- und Jugendarbeit in der Stadtgemeinde Bremen bis zur Beschlussfassung über den Haushalt 2024/2025 bis der JHA die OKJA Stadtteilbudgets festgelegt hat

Des Weiteren soll der Beschlussvorschlag dahingehend verändert werden, dass eine Aussetzung der Befassung in den CAs stattfindet bis der JHA in einer zu beschließenden Sondersitzung im November über die anstehende Mittelverteilung für 2024 beraten hat. Die Antragsfrist sollte daher bis zum 30.11.2023 verlängert werden.

Frau Ahrens unterstützt den Antrag, bittet aber um eine Sondersitzung im Oktober.

Herr Goldschmidt berichtet aus der Diskussion der AG gemäß § 78 SGB VIII Kinder- und Jugendförderung, dass die Intention für diesen Beschluss nachvollziehbar ist und aus Sicht der Träger für weitere Planungen zwingend notwendig ist.

Frau Schrader weist in diesem Zusammenhang daraufhin, dass das Bundesprogramm „Aufholen nach Corona“ ebenfalls eingestellt ist, was die Sachlage für den Arbeitsbereich noch verschärft. Weiter berichtet sie, dass aktuell in Bezug auf die Mittelverteilung geplant ist, die 3. Stufe umzusetzen vorbehaltlich der Haushaltsbefassungen. Das Integrationsbudget sollte ebenfalls fortgeschrieben werden. Beide Budgets unterliegen den Haushaltsberatungen und vor deren Abschluss ist keine endgültige Entscheidung möglich. Gegebenenfalls könnten die CAs befristete Beschlüsse fassen.

Herr Ziegler verweist auf die Debatte im letzten Jahr. Bereits hier war deutlich, dass die zur Verfügung stehenden Mittel nicht auskömmlich sind. Das Auslaufen des Förderprogramms „Aufholen nach Corona“ spitzt die Lage noch zu. Die offene Kinder- und Jugendarbeit stellt ein substanzielles Angebot für die Kinder- und Jugendliche in der Stadtgemeinde dar, welches zwingend auskömmlich finanziert sein muss, um den wachsenden Bedarfen gerecht zu werden. In Anbetracht der ausstehenden Tarifierhöhungen für 2024 kommt es bei einer Fortschreibung bereits zu einer einschneidenden „kalten Kürzung“ von bis zu 10 Prozent. Dies hätte eine deutliche Kürzung der Angebote zur Folge bis hin zu der Gefahr von Schließungen.

Frau Dahnken merkt zur Umsetzung der 3. Stufe an, dass diese nur einige Stadtteile eine Erhöhung bedeuten würde. Eine befristete Beschlussfassung in den CAs sei aus Ihrer Sicht eine Lösung und sollte in einer Sondersitzung fachlich diskutiert werden.

Felix Seidel weist darauf hin, dass die Umsetzung der dritten Stufe des am 23.09.2021 initiierten Stufenplans keine Umverteilungen unter den Stadtteilen vorsehen würde. Einige Stadtteile würde dabei die gleichen Mittel wie auch 2020 bis 2022 zur Verfügung haben und andere Stadtteile unterschiedliche, abhängig von der damaligen Berechnung auf Grundlage der bestehenden Finanzierungssystematik, Mittelaufwüchse verzeichnen.

Aufgrund von Unklarheiten zu den zeitlichen Abläufen in der Debatte stellt Herr Grönert noch einmal den Rahmen dar. Die konstituierende Sitzung des JHA findet im November statt, erst in der Bürgerschaft im November werden die vorgeschlagenen Mitglieder gewählt. Eine Sondersitzung ist durch Beschluss des jetzigen Ausschusses möglich und kann im Rahmen dieses Ausschusses stattfinden.

Er appelliert daran, dass eine Mittelverteilung in den Stadtteilen stattfinden muss und weist auf die Gefahr hin, hier die Dinge zu vermischen. Aufgrund der haushaltslosen Zeit in Verbindung mit den anstehenden und bereits entstandenen Mehrkosten in der offenen Kinder- und Jugendarbeit sollte jedoch trotzdem eine Handlungssicherheit für die Stadtteile hergestellt werden, um die Arbeitsfähigkeit zu erhalten.

Herr Möhle als Beiratssprecher Obervieland habe große Sorgen um die Einrichtungen in seinem Stadtteil. Er macht deutlich, dass die Verantwortung für die nicht auskömmlichen Mittel nicht auf die CAs deligiert werden kann und verweist darauf, dass Kürzungen vom Beirat nicht hingenommen werden.

Herr Oppermann als Mitglied für den Beirat Neustadt bringt sein Verständnis für die Planungssicherheit zum Ausdruck. Diese sei nicht nur für die Träger, sondern auch für die Kinder und Jugendlichen notwendig. Im Weiteren schließt er sich den Ausführungen von Herrn Möhle an.

Herr Diener berichtet, dass die vorläufig veranschlagten Eckwerte für die Haushalte seitens der Fachabteilung bereits kritisch kommentiert wurden. Er geht davon aus, dass der Haushalt und somit valide Planzahlen nicht vor dem Frühjahr 2024 stehen werden. Die aktuellen Planungen sehen die 1. Lesung in der Bürgerschaft für den 16.-18. April 2024 vor

Um aber zunächst eine Handlungssicherheit herzustellen, hofft er, dass im Rahmen der geplanten Eckwerte erreicht werden kann, dass die Mittel auf dem Vorjahresniveau an die Stadtteile gegeben und die 3 Stufe umgesetzt werden können. Hierzu erwartet er eine Entscheidung in der kommenden Woche, wohlwissend, dass damit nicht den Tariferhöhungen begegnet werden kann.

Frau Dahnken verweist darauf, dass eine Fortschreibung bereits jetzt einen Abbau der Angebote bedeuten würde. Der Jahresfristenkalender sieht eine Antragstellung bis Ende September vor, hierfür bedarf es aber einer Planungsgrundlage.

Im Rahmen der Debatte wird der Beschlussvorschlag wie folgt verändert und beschlossen.

Teilnehmer/-innen an der Diskussion: Herr Goldschmidt, Frau Dahnken, Herr Ziegler, Frau Ahrens, Frau Krümpfer, Frau Schrader, Herr Seidel, Herr Oppermann, Herr Möhle, Herr Diener

Beschluss:

Der Jugendhilfeausschuss der Stadtgemeinde Bremen beschließt die Aussetzung der Budgetverteilung für die offene Kinder- und Jugendarbeit 2024 (vorgesehen im Jahresfristenkalender). Die Mittelverteilungen durch die Controlling Ausschüsse soll unmittelbar nach der Beschlussfassung des JHA zur Festlegung der OKJA Stadtteilbudget stattfinden. Dafür bedarf es einer Sondersitzung des JHA Anfang November. Entsprechend soll die Antragsfrist für das Jahr 2024 auf den 30.11.2023 verlegt werden.

Zustimmung: 11

Gegenstimmen: 0

Enthaltungen: 0

TOP 06: Förderung überregionaler Angebote in der Kinder- und Jugendförderung 2024

Aufgrund der Änderung der TO wird an dieser Stelle TOP 6 behandelt.

Frau Dahnken stellt den Antrag, die Beschlussfassung zum TOP 6 in die Sondersitzung zu legen.

Die Sitzung wird erneut für 5 Minuten unterbrochen:

Folgender Beschlussvorschlag geht in die Abstimmung und wird beschlossen:

Beschluss:

Die Beschlussfassung und inhaltliche Debatte zu TOP 6 wird in die Sondersitzung verlegt.

Zustimmung: 8
Gegenstimmen: 3
Enthaltungen: 0

Frau Aytas merkt im Rahmen der Aussprache zu diesem TOP an, dass geschlechtsspezifische Angebote nicht berücksichtigt worden sind. Das Verhältnis von koedukativen und geschlechtsspezifischen Angeboten sei aus Ihrer Sicht 80 zu 20 Prozent und somit nicht ausgeglichen. Sie bittet um eine Anpassung.

Teilnehmer/-innen an der Diskussion:

Frau Ahrens, Herr Goldschmidt, Frau Aytas, Frau Krümpfer, Frau Dahnken

TOP 08: Berichte der Verwaltung

Teilnehmer/-innen an der Diskussion:

TOP 09: Verschiedenes

Frau Ahrens bittet um Beantwortung folgender Fragen zum Fall des getöteten 7-Jährigen Jungen:
War der Fall dem Jugendamt bekannt?

War bekannt, dass beim Kindesvater gemäß der medialen Darstellung eine längerfristige psychische Erkrankung vorlag?

Frau Görgü-Philipp merkt an, dass sie eine Befassung in einer öffentlichen Sitzung nicht angemessen findet, um die betroffene Familie zu schützen.

Herr Grönert stellt klar, dass er aus Gründen des Schutzes der Persönlichkeitsrechte Betroffener in der Öffentlichkeit grundsätzlich keine Aussagen zu Einzelfällen treffen wird und bittet hierum um Verständnis.

Frau Ahrens beantragt die Befassung in einem nicht öffentlichen Teil.

Beschluss:

Es findet im Anschluss an die Sitzung eine nicht öffentliche Sitzung des JHA statt.

Zustimmung: 4
Gegenstimmen: 3
Enthaltungen: 3

Teilnehmer/-innen an der Diskussion: Frau Ahrens, Frau Görgü-Philipp, Herr Grönert

Frau Kastens bringt ihre Irritation zum Ausdruck, dass von Seiten der SKB keine Themen behandelt worden sind. Herr Jablonski verweist darauf, dass viele Themen in der Bearbeitung sind. Sobald beschlussfähige Vorlagen vorliegen, werde diese eingebracht.

für das Protokoll:

Weiß / Brunner